

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Pariser Entscheidung.

Paris, 30. November. (Cca.) Nach der heutigen Sitzung der Reparationskommission empfing sowohl Sir John Bradbury als auch die französische Delegation die Journalisten ihrer Länder und gaben ihnen Erklärungen ab, aus denen hervorging, daß die heutige Entscheidung der Reparationskommission als ein Glied in der Reihe der Versuche angesehen werden muß, die darauf ausgingen, eine Verständigung zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Bradbury erklärte den Vertretern der englischen Presse, man dürfe in den heutigen Beschlüssen nicht einen Triumph der französischen oder der englischen Auffassung sehen. Die heutigen Beschlüsse stellten nur eine Etappe dar. Die Schwierigkeiten habe man nicht ohne weiteres überwinden können und habe sie infolgedessen vorläufig umgangen. Die Aufgaben der beiden Unterkommissionen, die heute abend gebildet worden sind, erklärte Bradbury als eine Hauptvoraussetzung der deutschen Reparationsleistungen. Der eigentlichen Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit könne man sich ja noch immer später zuwenden. Sedenfalls hätten die heutigen Entschlüsse eine friedfertige und schnelle Regelung der schwebenden Schwierigkeiten in der Reparationsfrage vorbereitet.

Die heutigen Beschlüsse der Reparationskommission stellten im übrigen eine Einladung an Amerika dar. Ohne die Mitwirkung Amerikas werde die Arbeit der beiden Unterkommissionen zwecklos sein. Die Ausschüsse, erklärte Bradbury weiter, würden gebildet auf Grund des § 234 des Friedensvertrages, d. h. diese Ausschüsse würden keine direkten Instruktionen erhalten, sondern der Reparationskommission als solcher unterstehen. Ueber die Zusammenfassung der Ausschüsse ist heute noch keine Entscheidung getroffen worden. Nach Meinung Bradburys werde der erste Unterkommissionen zwei Sachverständige der Alliierten und assoziierten Mächte, d. h. also auch Amerikas, umfassen. Der zweite Ausschuss je einen. Die nähere Zusammenfassung der Ausschüsse wird in der nächsten Sitzung der Reparationskommission behandelt werden.

Die französischen Journalisten erhielten ihrerseits Erklärungen der französischen Delegierten. Diese erklärten, die heutigen Entschlüsse seien ein neuer Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Verständigung mit England. Bradbury sei von einer überraschenden Verschicktheit und von einem außerordentlichen Entgegenkommen gewesen. Nach der Auffassung der französischen Delegierten ist das Studium der Möglichkeit eines Ausgleiches des deutschen Budgets das brennende Problem

und diese gleichzeitig das beste Mittel, um die aus Deutschland geschätzten Kapitalien wieder nach Deutschland zurückzuführen.

Paris, 1. Dezember. (W.Z.) Die der Regierung nahestehende Presse begrüßt im allgemeinen das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen der Reparationskommission, das zum Teil als neues Symptom einer Entspannung der englisch-französischen Beziehungen gewertet wird. „Journée Industrielle“ unterstreicht nach einer Warnung, die Neutralen zu vernachlässigen, die Bedeutung der Auswahl der Sachverständigen und meint, man müsse mehr Wert darauf legen, Männer der Wirtschaft als solche der Finanz heranzuziehen, da die ersteren besser die Mittel, Reichtümer zu schaffen und die Interessenzusammenhänge bezeichnen könnten. Im übrigen betrachtet das Blatt die Entscheidung der Reparationskommission als die wahrscheinlich letzte Gelegenheit, die Ordnung in Europa in einem Rahmen auszurichten, wie ihn der Versailler Vertrag geschaffen habe, ohne die Rechte Frankreichs zu sehr zu schädigen. Nach dem „Petit Journal“ wird der amerikanische Beobachter in der Reparationskommission nicht verfehlen, seine Regierung von dem erzielten Einverständnis zu unterrichten. Alle Alliierten, sagt das Blatt, seien unverändert der Ueberzeugung, daß Amerikas Mitarbeit willkommen wäre, und daß man Amerika die Tür weit offen lassen müsse.

Der amtliche Wortlaut.

Paris, 30. November. (W.Z.) Ueber die heutige Nachmittags-Sitzung der Reparationskommission gibt Havas folgende Mitteilung aus:

Die Kommission hat in ihrer Sitzung heute nachmittags einstimmig folgende Resolution angenommen, die der französische Delegierte vorgelesen hat: Um gemäß den Bestimmungen des Artikels 237 des Versailler Vertrages die Hilfsquellen sowie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen, nachdem den Vertretern dieses Landes nach Billigkeit die Gelegenheit gegeben wurde, sich auszusprechen, beschließt die Reparationskommission, zwei Sachverständigen Ausschüsse einzusetzen, in denen die alliierten und assoziierten Länder vertreten sein sollen. Einer der beiden Ausschüsse wird beauftragt, die Mittel ausfindig zu machen, die ergriffen werden müssen, um die deutsche Währung zu stabilisieren. Der andere Ausschuss soll die Mittel ausfindig machen, die aus Deutschland ausgeführte Kapital abzusichern und wieder nach Deutschland zurückzuführen.

einen solchen Kauf genommen, daß die Zustimmung der deutschen Vertragsseite vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichskabinett erwartet werden kann.

Zweibrücken von Separatisten überrumpelt.

Zweibrücken, 1. Dezember. (W.Z.) Gestern abend gegen 8 Uhr traf ein Bortrupp der Separatisten, der aus der Richtung Pfälzens kam, hier ein und begab sich zum Justizgebäude, wo die Bezirksdelegation der Rheinland-Kommission ihren Sitz hat. In Zwischensätzen ist es nicht gekommen. Damit ist auch die letzte Bezirksstadt der Pfalz in den Händen der Separatisten.

Mussolini für Sowjetrußland.

Rom, 1. Dezember. (W.Z.) In der Kammer führte Mussolini aus, Italien habe keinen Grund, der Sowjetrepublik die rechtliche Anerkennung fernzulegen, da eine solche Anerkennung im nationalen Interesse Italiens liege. Auch Frankreich habe unter dem Deckmantel einer Kommission von Privatleuten eine Abordnung nach Moskau geschickt. Dafür aber, daß Italien Rußland eine solche Gesandtschaft erweise, müsse Rußland Italien wirtschaftliche Zugeständnisse machen.

Devisen stabil.

Die Bank- und Börsenkreise haben die Bildung eines Kabinetts Marx mit großer Befriedigung aufgenommen. Man glaubt, daß die Erfahrungen der nun beendeten Kabinettskrisen für die Parteien manche nützliche Lehre in sich schließen, und daß Deutschland vorläufig keine weiteren derartigen Krisen zu erwarten habe. Mit großem Interesse verfolgt man die feste Haltung der Mark an den Auslandsbörsen. Die Reichsbank hat angesichts dieser Markbesserung keine Schwierigkeiten bei ihren Bemühungen, die amtlichen Devisennotierungen stabil zu halten. Heute zeigte sich sogar ein erhebliches Nachlassen der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Die amtlichen Kurse wurden wieder auf der gestrigen Höhe festgesetzt bei einer Zuteilung von 1 Proz.

Die Geldmarktlage ist außerordentlich flüssig. Tägliches Geld war heute mit 4-1 Proz. zu haben. Trotzdem machte die Erholung im Effektengeschäft zunächst keine weiteren Fortschritte. Die heute genannten Kurse entsprechen ungefähr den gestrigen Schluschkursen. Diese Lustlosigkeit der Börse steht in gewissem Zusammenhang mit der festen Haltung der Papiermark. Außerdem glaubt man, daß schon in nächster Zeit die bereits im Entwurf vorliegende Steuernotverordnung erlassen werde, die für Mitte Dezember außerordentlich hohe Zahlungen in Goldmark vorsieht. Man nimmt an, daß hierdurch das Effektengeschäft nachteilig beeinflusst werden wird. Gleichfalls sehr großes Interesse besteht nach wie vor für Dollarschikanweisungen und Goldanleihe. Für beide Papiere lehnten jedoch die Makler von vornherein alle Kauforders ab. Da angeblich nicht das geringste Material zur Verfügung steht, Dollarschikane bleiben gestrichen. Für Goldanleihe kam eine Notiz von 4,2 Billionen zustande, doch liegen dieser keinerlei Umsätze zugrunde.

Zielbewußte Wohnungspolitik.

Zu unserem Leitartikel in der Abendausgabe vom 7. November wird uns von sachmännischer Seite geschrieben:

Durch die schwerwiegenden innen- und außenpolitischen Probleme ist die Wohnungsfrage weit über Gebühr in den Hintergrund gedrängt worden — zum Schaden nicht nur der baugewerblichen Arbeitnehmer, sondern auch der Wohnungslosen (deren Zahl — ohne Familienangehörige! — jetzt etwa 1 1/2 Millionen beträgt), der Mieterschaft in ihrer Gesamtheit und der Volkswirtschaft überhaupt.

Die Arbeitnehmer des Baugewerbes sind infolge der Drosselung der Neubautätigkeit entweder in andere Berufe abgewandert (wo sie jetzt in erster Reihe der Arbeitslosigkeit anheimfallen), oder sie sind ihrem Berufe treu geblieben und sehen nun gleichfalls hoffnungslos dauernder Arbeitslosigkeit entgegen. Die Wohnungslosen aus den unbemittelten Schichten gehen infolge ihrer vergeblichen Bemühungen um ein — wenn auch nur ganz bescheidenes — Unterkommen der Verzweiflung entgegen und mehrten die Zahl der rechts- oder linksradikalsten Kreise, die das Heil in einem Umsturz der republikanischen Staatsordnung erblicken. Die Mieterschaft endlich klagt über den Verfall der Wohnungen und wehrt sich gegen die Bestrebungen der Hausbesitzer, aus der Miete — wie in der Vorkriegszeit — ein Renteneinkommen zu ziehen, das sie der Notwendigkeit entbehrt, zu arbeiten. Die Volkswirtschaft aber, die an unserem Währungssektor krankt, kann ohne eine Wiederbelebung der Neubautätigkeit und ohne eine geordnete Instandhaltung des alten Wohnungsbestandes nicht gedeihen.

Ueber diese Tatsachen sind alle diejenigen einig, die den Wiederaufbau unseres Staatslebens wollen. Aber über die Wege, die zu diesem Ziele führen sollen, sind nicht nur die größten Meinungsverschiedenheiten vorhanden, sondern es besteht darüber — und das ist das Schlimmste! — gerade an den maßgebenden Stellen eine erschreckende Unklarheit und ein Mangel an festem Willen. Das hat in Verbindung mit unserer Währungskatastrophe zu Zuständen geführt, die über kurz oder lang zu einer Wohnungskatastrophe führen müssen, wenn nichts dagegen geschieht.

Seit dem Kriegsbeginn, also seit fast einem Jahrzehnt, ist auf dem Gebiete des Wohnungswesens von der Reichsregierung und von den Regierungen der Länder (von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen) viel und schwer gefündigt worden. Man hat sich fast durchweg mit Augenblicksmaßnahmen begnügt und sich von den Verhältnissen treiben lassen — dies sogar oft noch widerstrebend. Zwischen dem Druck der beiden Interessentenkreise (der Hausbesitzer und der Mieter) hat man an maßgebender Stelle eine Politik des Hin- und Herpendelns getrieben, die schlimmer war, als wenn man wenigstens einer Richtung konsequent gefolgt wäre. Es fehlte an der führenden Stelle an jeder weitblickenden Stellungnahme und an dem entscheidenden Willen, die Dinge auf irgendeine Weise zu meistern. Als man einseh, daß man sich mit dem Durchwühlen und Kompromitteln zwischen beide Stühle gesetzt hatte (mangels eigener Ueberlebenskraft), setzte man sich schließlich auf den Stuhl der — Hausbesitzer. Denn das ist ja die Zeit — 5 Jahre nach der Revolution — beliebte Scheinlösung aller Probleme, daß man über die Anfänge zu zeitgemäßen Neuregelungen einfach hinweggeht und trotz aller Warnungen und Proteste in die Zustände vor 1918 oder 1914 zurückkehrt.

Im Wohnungswesen steht der Erreichung des Zieles der Rückwärtsrevision der Gesetzgebung vor allem die nachfolgende Tatsache entgegen, daß die Mieter in den alten Häusern — nicht so sehr durch die Gesetzgebung als durch die rapid fortgeschrittene Geldentwertung — bis auf ein Maß herabgedrückt sind, welche die ordnungsmäßige Instandhaltung der Häuser und Wohnungen (den guten Willen der Hausbesitzer, der leider oft fehlt, einmal vorausgesetzt) gefährdet. Das Reichsmietengesetz will nur den Kapitalzins (die Rente) auf dem zahlenmäßigen Stand vom 1. Juli 1914 (nach dem Grundgesetz Mark = Mark) festhalten, läßt dagegen den übrigen Teil der Miete (etwa 1/3) für die Anpassung an die Geldentwertung frei. Wenn nicht einmal diese Anpassung in einem Zeitraum von über einem Jahre erreicht ist, so liegt das nicht am Gesetz, sondern an unserer katastrophalen Wirtschaftslage. Die Tatsache aber, daß die Mieten noch so niedrig sind, ist doch wahrlich kein durchschlagendes Argument für die Reichsregierung, nun innerhalb eines Jahres rein schematisch und ohne Rücksicht auf die gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen den „Idealzustand“ der Zahlung der vollen Friedensmiete (nach irgendeinem Index) herbeizuführen.

Zwei Probleme hatten im Wohnungswesen der Lösung: Die Aufbringung der Kosten für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung des alten Wohnraumes und die Aufbringung der Kosten für die Erstellung neuen Wohnraumes.

Die Erhaltung des alten Wohnraumes ist durch das Reichsmietengesetz in der Theorie dadurch gesichert, daß die Mieter die Kosten der Hausbewirtschaftung aufbringen müssen, d. h. die Kosten der Instandhaltung, der Verwaltung, des Betriebes und der Instandhaltung. In der Praxis hat die Geldentwertung der vollen Auswirkung des Gesetzes entgegengestanden, ebenso in neuerer Zeit die beispiellose Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, in erster Linie aber auch die gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich stark gesunkene Entlohnung der Arbeitnehmerklassen. In dieser Hinsicht hilft uns also keine Gesetzesänderung; diese würde vielmehr nur das Kind mit dem Bade ausschütten, indem sie

Kabinett Marx im Reichstag.

Die Dienstsitzung des Reichstags, in der das neue Kabinett Marx seine programmatische Erklärung abgeben wird, beginnt um 3 Uhr nachmittags. Die folgende politische Aussprache wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Der Notgelderlaß und die Rheinlande.

Köln, 1. Dezember. (W.Z.) Ueber die Versuche, die die rheinischen Wirtschaftskreise in den letzten Tagen in Berlin unternommen haben, um die von der Reichsbank beschlossene Einstellung der Einlösung des städtischen Notgeldes rückgängig zu machen, hat in der gestrigen Sitzung der Handelskammer Geheimrat Louis Hagen Mitteilung gemacht. Er wies zunächst darauf hin, daß in Köln in der letzten Zeit neun Zehntel des Geldumlaufes durch das städtische Notgeld bestritten werden mußte und daß die Reichsbank in Köln noch jüngst die Kölner Stadtverwaltung gebeten hat, sie durch die Ausgabe von Notgeld in der Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel zu unterstützen.

Nachdem am vorigen Sonntag in Köln eine 4 1/2 stündige Verhandlung mit Dr. Schacht völlig ergebnislos verlaufen war, wurden am Dienstag in Berlin die Verhandlungen fortgesetzt mit dem ganz unzulänglichen Erfolg, daß die Uebergangfrist bis zum Inkrafttreten der Wohnraume um drei Tage verlängert (!) wurde. Die rheinischen Wirtschaftskreise seien voller Entrüstung darüber gewesen, daß jetzt lediglich das besetzte Gebiet für die verhängnisvolle Wohnungspolitik hüben solle, welche die Reichsregierung jahrelang betrieben habe.

Man habe sich deshalb am folgenden Tage an den Reichspräsidenten und den General v. Seeckt gewandt. Beide Herren hätten vollstes Verständnis für die Wünsche des besetzten Gebietes bekundet. Auf Veranlassung des Reichspräsidenten habe noch am gleichen Tage ein Kabinettsrat stattgefunden, der aber infolge der hereinrührenden Haltung des Währungskommissars wiederum eine ganz ungenügende Verlängerung der Uebergangfrist bewilligt habe.

Es ist verständlich, wenn sich der Währungskommissar bemüht, die Inflationsquellen so schnell wie möglich zu verstopfen. Es sollte aber alles vermieden werden, was als Verärgerungspolitik den Rheinländern gegenüber gedeutet werden könnte. Deshalb ist zu verlangen, daß unnötige Härten vermieden werden. Auf der anderen Seite wird man Herrn Louis Hagen ebensowenig als einen kompetenten Vertreter der Gemeininteressen der Rheinlande wie General v. Seeckt als die geeignete Instanz für die Entscheidung finanztechnischer Fragen anerkennen können.

Reichsbahn und Eisenbahnregie.

Im Interesse der Wiederbelebung des Verkehrs der besetzten Gebiete sind zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie in Mainz Verhandlungen über einen modus vivendi geführt worden. Diese haben nunmehr, im Gegensatz zu früheren Verhandlungen,

das Kontrollrecht der Mietervertretung und die Handhaben zur Sicherung der Instandhaltung der Häuser und Wohnungen beseitigen, d. h. den lastentragenden Mieter entrechteten würde. Bevor ein Normalzustand in bezug auf die Höhe der Mietzuschläge erreicht werden kann, muß die Zahlungsfähigkeit der Mieterhöchst (von der die Zahlungswilligkeit abhängt) wiederhergestellt und müssen einigermassen stabile Geldverhältnisse geschaffen sein. Daneben macht die Kapitalbeschaffung für die großen Instandsetzungsarbeiten besondere Schwierigkeiten; diese Frage ist aber im wesentlichen eine Kreditfrage und kann in gleicher Weise gelöst werden wie die Frage der Kapitalbeschaffung für den Neubau.

Der große grundsätzliche Streit, um den es bei der Mietzinsfrage für den alten Wohnungsbestand geht, ist der: Wer wird Nutznießer der Geldentwertung in bezug auf das Hauskapital? (Für das Eigenkapital des Vermieters wie für das fremde — Hypotheken- — Kapital.) 65—70 Proz. der Friedensmiete waren Kapitalzinsen, weitere 10 Proz. waren Reingewinn des Vermieters, die restlichen 20—25 Proz. dienten der Hausbewirtschaftung. Um die eigentliche Rente (die 65—70 Proz. Kapitalzins) streiten sich vier Faktoren: der Staat, der Hausbesitzer, die Hypothekengläubiger und die Mieter. Ob die Hypothekengläubiger (soweit sie nicht bereits in Papiermarkt endgültig abgefunden sind) ihre Darlehen in Gold zurückbekommen sollen, wird — wenn die Reichsregierung nicht schnell arbeitet — vielleicht das Reichsgericht entscheiden. Erkennt dieses die Pflicht des Hausbesitzers zur Rückzahlung in Gold an, so muß auch die Verzinsung des Geldes in Gold erfolgen — zu Lasten der Mieter! Damit wäre auch dem Hausbesitzer die Goldverzinsung seines eigenen Kapitals gesichert, nicht aber der Goldzins für das aus Gold in Papier umgewertete (das dem Hypothekengläubiger enteignete) Kapital. Der Hausbesitzer fordert bekanntlich Goldzinsen, will aber nur Papiermarktzinsen an die Hypothekengläubiger zahlen. Die Mieter vertreten den Standpunkt, daß Hausbesitzer und Hypothekengläubiger den vollen Schaden der Geldentwertung auf sich nehmen sollen — wie die Inhaber von Spartassenguthaben, Bankguthaben, Reichsanleihe usw.

Die mächtigste der vier Interessentengruppen, die sich um den Gewinn aus der Geldentwertung streiten, ist vielleicht der Staat. Nach dem jetzt bekanntgewordenen Plan des Reichsarbeitsministers sollen weder die Hausbesitzer, noch die Hypothekengläubiger, noch die Mieter den Nutzen aus der Geldentwertung ziehen, sondern der Staat will seine Hand auf 65 Proz. der Friedensmiete legen. Zwar stellt der Staat die Gesamtheit der Staatsbürger dar, und man könnte deshalb meinen, daß er der gegebene Nutznießer dieser Geldentwertung sei und nicht der einzelne, sei er Hausbesitzer oder Hypothekengläubiger oder Mieter. Aber es kommt doch sehr darauf an, welchen Zweck der Staat die Einnahmen aus der Konfiskation der Geldentwertung, d. h. 65 Proz. der erhöhten Mieten, dienstbar machen will. Und hier gehen die Meinungen weit auseinander.

Der Staat, als soziale Gemeinschaft und gedacht als öffentlicher Träger der Neubautätigkeit, wäre ein geeigneter Nutznießer dieses Riesengewinnes an volkswirtschaftlichem Vermögen, wenn er sich darauf beschränken würde, die gewonnenen Goldmieten (65 Proz. von etwa 8 Milliarden, also 5,2 Milliarden Goldmark jährlich) reiflos zur Erstellung von Neubauten zu verwenden. Er will das aber offenbar nicht; sondern das Reich will diesen Reichtum auch für Reparationszwecke, für die Stabilisierung der Währung und ähnliche an sich nützliche Dinge verwenden. Und da entsteht dann doch die große Frage, wem diese Nutznießung zugute kommen wird, wenn erst einmal diese Zwecke erfüllt sind. Dann soll offenbar der gewaltige Gewinn von schätzungsweise 100 Goldmilliarden dem privaten Hausbesitz als Geschenk in den Schoß fallen — zu Lasten der Mieterschaft, die als Arbeitnehmerschaft durch die Geldentwertung völlig enteignet und dem Hungerdasein ausgeliefert worden ist. Der Köder, daß aus der aufgewerteten Miete auch Zu-

schüsse für Neubauten gegeben werden sollen, kann nur den locken, der die Dinge und die Art, wie sie betrieben werden, nicht kennt. Wird für den Aufbau eine aufgewertete Friedensmiete bezahlt, so muß sich ja in Kürze auch der privatkapitalistische Neubau ohne Zuschuß rentieren (Unebenheiten wären leicht auszugleichen). Ist das aber der Fall, so werden in kurzer Zeit keine Zuschüsse mehr benötigt, und die 65 Proz. der Miete (oder 5,2 Milliarden Goldmark jährlich) wären für rein fiskalische Zwecke (Reparation, Währung, Deckung eines Defizits im Haushalt usw.) frei. Wie hätten also eine Mietsteuer in Reinkultur, eine Steuer, die nicht nach dem Maßstabe von Besitz und Einkommen, sondern nach dem Maßstabe der Wohnungsmiete, d. h. nach dem unsozialsten Maßstabe, erhoben und nur noch von der Kopfsteuer an Ungerechtigkeit überboten wird.

Der neue Glaubenslehre des Reichsarbeitsministeriums, die Miete müsse wieder in ein „bestimmtes Verhältnis zum Einkommen“ gebracht werden, ist nur eine schlechte Behüllung der rein fiskalischen Politik, die hier getrieben wird. Was wir endlich — nach fast zehnjähriger Stagnation auf diesem Gebiete — brauchen, ist eine positive und energische Wohnungspolitik, die unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse das Ziel verfolgt, aus den Mieten für den alten Wohnungsbestand nicht weniger, aber auch nicht mehr herauszuwickeln, als zur Erhaltung des alten Wohnraumes und zur hinreichenden Erstellung neuer Wohnungen gebraucht wird. Jeder Versuch, die Niedrighaltung der Mieten zur Verstopfung des großen Lochs im Staatsfiskus zu verwenden, muß ebenso scharf zurückgewiesen werden, wie die Versuche, dem Hausbesitz oder den Hypothekengläubigern auf Kosten der erwerbsfähigen Bevölkerung einen ungeheuren Gewinn in den Schoß zu werfen.

Die Wohnungswirtschaft muß sich selbst tragen, und sie wird sich selbst tragen, wenn nach den hier aufgestellten Grundfäden eine mäßige Steigerung der Mieten bis zu der unbedingt notwendigen Höhe erfolgt. Zuvor aber (oder mindestens gleichlaufend) muß das Einkommen der breiten arbeitenden Schichten des Volkes in demselben Maße gesteigert werden; denn sonst wird durch die Steigerung der Mieten den breiten Volksmassen auch noch das trockene Brot vor dem Munde weggenommen.

Sachsen und Thüringen.

In Dresden und in Weimar finden am morgigen Sonntag Landesparteitage statt, die sich mit schwerwiegenden Fragen zu beschäftigen haben. In diesen beiden Industrielländern, die eine starke Mehrheit der Industriebildung aufweisen, hat die Sozialdemokratische Partei infolge der kommunistischen Absplitterungen für sich allein nicht mehr die Mehrheit. Das parlamentarische System zwingt sie, entweder nach rechts oder nach links Fühlung zu nehmen, um ein geordnetes Funktionieren dieses Systems zu ermöglichen und sich selber den Einfluß zu sichern, der ihr ihrer Stärke nach zukommt.

Angeht es dieser Situation und der von Bayern her drohenden Gefahr hatte die Partei in beiden Ländern Bündnisse mit den Kommunisten geschlossen, die sich als überaus kurzlebig erwiesen. Es kann nicht entschieden genug betont werden, daß die Lösung dieser Bündnisse auch dann hätte erfolgen müssen, wenn nicht der geringste Druck von der Reichsregierung her ausgeübt worden wäre. Denn die Kommunisten hatten das Bündnis mit der Sozialdemokratie und die durch sie erworbene Machtstellung in treuloser Weise dazu mißbraucht, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten, der die deutsche Arbeiterklasse in eine Katastrophe von unübersehbarer Ausmaß führen muß.

Da die Kommunisten die Ueberzeugung ihrer an Zahl viel stärkeren Bundesgenossen kannten, war es eine Illusion, daß sie diese ohne weiteres auf einen Weg zu zwingen versuchten, den sie sehend und wollend niemals beschritten haben würden. In den Augen der Kommunisten sollte das Bündnis nicht der gemeinsamen Lösung gemeinsamer Auf-

gaben dienen, sondern einer Ueberfällung der Sozialdemokratischen Partei, die mit ihrer völligen Zerschlagung endigen mußte.

Solange die Kommunisten auf ihrem verhängnisvollen Weg verharren und in ihrer Laune die Mittel der Lüge und des Betrugs nicht verabscheuen, scheiden sie als Bundesgenossen für die Sozialdemokratie aus. Sie selber tragen also Schuld daran, wenn sich die Partei in Sachsen und in Thüringen nach anderen Weggenossen umsehen muß.

In Sachsen ist durch die Bildung der Regierung Felsisch unter Führung der Demokraten eine Notlösung der parlamentarischen Schwierigkeiten erzielt worden. In Thüringen ist die Krise akut, und der morgige Tag muß zeigen, ob eine Lösung gefunden werden kann.

Die Schwierigkeiten, in denen sich die sächsischen und thüringischen Genossen befinden, sind bei uns stets vollem Verständnis begegnet. Leider kann man nicht behaupten, daß auch auf der anderen Seite immer und überall Verständnis für die ungeheuren Schwierigkeiten vorhanden war, mit denen hier in Berlin die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu kämpfen hat. Besonders aus Westsachsen haben sich Kritiker gemeldet, die so tun, als ob sie das Rezept zur Lösung aller politischen Fragen in der Tasche hätten, nur haben sie es leider bisher nicht gezeigt. Aber in dem Glauben, dieses Rezept zu besitzen, haben sie an der Partei und ihrer Reichspolitik eine Kritik geübt, die einer gemeinsamen parteigenösslichen Arbeit alles eher als förderlich war.

Man muß dem thüringischen Landesparteitag wünschen, daß er einen Ausweg aus den parlamentarischen Wirren finde, und dem sächsischen, daß es ihm gelingen möge, einer sachlichen, verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen der Reichspartei und der sächsischen Landespartei den Weg zu ebnet.

Etwas für Sportler!

Vielleicht auch für die politische Polizei!

In dem bekannten deutschpöhlischen Faschistenblatt „Fridericus“ finden wir (November 1923, Nr. 45) im Inseratenteil folgende vielgelobte Anzeige:

Fridericus-Rez.-Bund (F.R.B.)

Herrn jeglichen Alters und Berufs, welche auf streng nation. Boden stehen und sich dem allgemeinen Sport zum Wohle des Vaterlandes widmen möchten, wollen sich, bitte, an die untenstehende Adresse wenden.

E. Grub, 1. Vorl. des F.R.B.,

Bismarcksdorf, Restorstr. 3.

Aus solchen „Sportler“-Reisen stammen die Erzberger- und Raithenau-Mörder, die Altendäter auf Scheidemann und andere Vertreter des republikanischen Gedankens. Die Leute mit dem „streng nationalen Boden“ können weiter ihren „allgemeinen Sport zum Wohle des Vaterlandes“ treiben. Besonders jetzt, da Emminger Reichsjustizminister im Geiste Kahrs ist.

Der Riß wird verkleistert.

München, 30. November. (M.B.) Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß Ministerpräsident Dr. v. Brüning entschlossen sei, vielleicht noch in dieser Woche eine Entschleunigung in der Frage Regierung oder Generalsstaatskommissariat herbeizuführen, dabei auch gegebenenfalls vor seinem eigenen Sturze nicht halt machen würde, bemerkt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz:

„Diese Kombination konstruiert einen Gegensatz zwischen Staatsregierung und bayerischer Volkspartei einerseits und dem Generalsstaatskommissar andererseits, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Es ist eine vollkommen falsche Auffassung von dem Aufgabenskreis der Staatsregierung und des Generalsstaatskommissariats, wenn man meint, daß die eine Gewalt nicht neben der anderen bestehen könne, ohne daß Kompetenzkonflikte auftreten. Im Gegenteil, das bayerische Staatsinteresse erfordert geradezu, daß sowohl die Staatsregierung wie auch das Generalsstaatskommissariat, jedes auf seinem Gebiete, vom höchsten Schaffensdrang erfüllt sind.“

Die von dem Blatte als angebliche Nachfolger v. Brünnings genannten Namen bezeichnen die Korrespondenz als jeder sachlichen Berechtigung entbehrend.

„Michael Kramer“ im Lessing-Theater.

Das Stück lebt und wird noch lange leben, obwohl man ihm einen frühen Tod vorausgesagt hatte. Die beiden Akte: Kampf Michael Kramers um den genialen und verlorenen Sohn, Trauer um den zum Selbstmord gekommenen Sohn tragen die echte Dramatik und das große Gefühl in sich, ohne das der Theaterraum zum Suchen der Wirkung gezwungen wäre. Der Kampfsatz ist voll von der menschlichsten Spannung, die sich zugleich zur theatralischen Verwandlung, der letzte Klageakt schmeißt auf und bewegt, weil die Kritik des Herzens, das sich hier erleichtert, sehr weit über die Allgemeinheit jeder Vatertragödie hinweggreift. Es wird also etwas Unvergänglichliches abgehandelt. Darum ermüdet die lange Litanei an der Baire auch nicht. Und es kommt heute ein besonderes Gefühl hinzu, das dem Ganzen Zeitklang gibt. Das Genie, das sich nicht halten kann, weil die Nichtgenies Töbner, Karren, Holunken und dumme Gänse sind, scheint heute für ein tragisches Abenteuer bestimmt, dem kaum eine echte Seele entgeht. Wo sieht man, was da geschieht, mit vorbereiteter Andacht des Gemütes. Es fällt wieder auf, daß Gerhart Hauptmanns Maltraugen die Eintracht des dunklen Wortes mit dem dümmlichen Licht wunderbar verbunden haben. Wenn im schwarzen Raum des Traueraktes nur die Kerzen flackern und die Stimme des Vaters die Milderheit des Todes feiert, dann ist alle überirdische Veröhnung zwischen Gläubigen und Ungläubigen vor dem Angesicht des Todes vollzogen.

Emil Lind, der Regisseur, hat die Tradition der Aufführung noch etwas vertieft. Der verdammte Kneipenakt, der immer im äußerlichen Stehen bleibt, obwohl er den letzten tragischen Ausgang einleitet, bekommt jetzt mehr Tempo. Die Geschehnisse können wenigstens nicht mehr aufgehalten werden, obwohl sie noch banal genug bleiben.

Eugen Löpfer, der den Michael Kramer spielt, ist von vornherein ins Innere gerichtet. Sein Vorgänger, Paul Wegener, wollte mehr die breitspurige, überausste und darum sehr betrübliche Gutmütigkeit darstellen. Wegeners Kramer und der Löpferische unterscheiden sich schon durch die Maske. Wegener ein Biedermann mit breitem Vollbart, Löpfer bager, hoch gewachsen, mit abgekehrtem Blick, mit Augen, die tief in der Höhle sitzen und nur plötzlich aufblitzen, wenn der Jörn oder die große Bergweisung im Inneren brennen. So spielt Löpfer die ganze Rolle ins Apostolische zu. Michael Kramer hat eigentlich an Sorge seines Sohnes nur zu sammern, Löpfer klagt an, er dünne, um ganz zum Schluß erst in Sanftigkeit zusammenzubrechen. Daß Herr Loos nicht nur das Tragische, sondern auch das Tragikomische des verwüsteten Arnold Kramer trifft, spricht für die starke Verwandlungskraft des Künstlers. Es steht oft so aus, als wenn Herr Loos nur sich selber, die müden, etwas weinerlichen Menschen darstellen könne. Jetzt hat er sich sehr stark überwunden. Auch in kleineren Rollen wurde Vortreffliches

geleistet. Frau Sterler, Frau Hartmann, Herr Bildt und Fräulein Nilsson dienen gehorsam und inspiriert, wie es der Geist des Stückes gebot. Max Hochdorf.

Wie lange kann der Mensch hungern?

Die Hungersnot steht nicht nur vor der Tür, sondern sie reicht uns schon, wie eine unabwehrbare, immer höher steigende Flut, an die Knie und bald an den Hals. Wir müssen systematisch hungern lernen. Die Kirche hätte schon längst Hungerpastoren, die Schule Hungerlehrer einstellen sollen. Aber der Wille allein zum Hungern genügt nicht. Es fragt sich auch: Wie lange kann der Mensch hungern, d. h. ohne Nahrung leben?

Zahlreiche Versuche haben ergeben, daß der Hund 30—60 Tage hungern kann. Die Riesenschlange vermag sogar 23 Monate lang zu hungern, aber sie ist ein Reptil. Setzen wir uns also an den uns als Säugetier näherstehenden Hund. Da der Mensch auch ein Säugetier ist und heute vielfach wie ein Hund leben muß, ja noch schlechter ist anzunehmen, daß er auch so gut wie ein Hund hungern kann.

Das stimmt. 1831 verschied der Wäcker Granter in Louisiana erst, nachdem er 65 Tage gehungert hatte. 1880 hungerte der Amerikaner Dr. Henry Tanner zu New York unter strengster Kontrolle 40 Tage und erholte sich nach kurzer Zeit vollständig. Der Italiener Succi hungerte 30, der Russe Moratti zu Paris 50 Tage. Wie uns noch lebhaft erinnert, starb der Bürgermeister von Cork erst am 73. Tage seines Hungerstreiks.

Säugetiere sterben gewöhnlich, wenn sie etwa 40 Proz. ihres Eigengewichts verloren haben. Vom Fettgewebe lösen sie bis zum Verhungern 80 Proz., von Milz und Leber 60, von Nieren, Blut und Nieren 27, von den Knochen 13, von Gehirn, Rückenmark und Nerven 3,2 und vom Herzmuskel gar nur 2,8 Proz. ein. Die lebenswichtigsten Organe ernähren sich also in der Hungerzeit von dem Material, das die weniger lebenswichtigen abgeben.

Aus den Experimenten, die ich im Gefängnis selbst mit mir anstellte, habe ich die Erfahrung gemommen, daß das qualende Hungergefühl schon nach 4—5 Tagen überstanden ist. Der Hunger hört dann das Wohlbedessen nicht mehr. Nachdem ich im Oldenburger Gefängnis 1908 beinahe 3 Monate nicht völlig gehungert, aber doch die Nahrungsaufnahme auf 3 Teller Suppe und ein klein wenig Brot täglich beschränkt hatte, waren Gehirn, Nerven und Herz noch frisch; dagegen machte sich eine beginnende Schwäche im Rückenmark bemerkbar. Nach regelmäßiger Nahrungsaufnahme verschwand diese Schwäche rasch. Als ich 1914 in Brunschweig während einer Kriegsschutzhaft etwa vier Wochen lang vollständig hungerte, erlitt das körperliche und geistige Befinden keine Störung. Dagegen kamen die Nerven gänzlich herunter. Immerhin kann man sagen, daß der Mensch, ohne ersichtlichen Schaden zu nehmen, sich 30 Tage der Nahrung enthalten kann.

Der Wandertrieb der amerikanischen Neger. Nach Ausweis der letzten Volkszählung zählt die farbige Bevölkerung der Vereinigten Staaten 10.342.000 Köpfe, von denen 2.888.000 Neger in dem Staat leben, in dem sie geboren, der Rest dagegen, d. h. 20 Proz., in

Staaten, in die sie eingewandert sind. Diese Wanderbewegung ist für die Vereinigten Staaten von großer Bedeutung; denn sie wird nicht durch den Zufall geregelt, sondern verfolgt einen ganz regelmäßigen Weg und zeigt überdies einen Einwandererstrom, der von Jahr zu Jahr wächst. Die Neger wandern ganz bewußt vom Süden nach dem Norden und dem Osten. Sie tragen dadurch ein Hauptteil zu der Entvölkerung der in der Hauptsache Ueberbau treibenden Gebiete bei, um sich in die Industriezone zu ergießen, wo ihnen günstigere Erwerbsverhältnisse in Aussicht stehen und obendrein Lebensbedingungen, die ihnen eine bequämere und vor allen Dingen auch abwechslungsreichere Existenz verbürgen. Man tröstete sich noch immer mit der Hoffnung, daß sie schließlich durch das rauhe Klima zur Rückkehr in die wärmeren Südstaaten genötigt werden würden, die bei an das amerikanische Subtropenlima gewöhnten Rasse im Grunde sympatibischer sein muß als der rauhe Norden und Osten. Aber diese Hoffnung ist durch den praktischen Verlauf der Dinge enttäuscht worden. Obgleich die Neger der Vereinigten Staaten von Vorfahren abstammen, die aus Mittelafrika und der Nequatorzone nach Amerika gekommen sind, haben sie sich doch so vollständig in Nordamerika akklimatisiert, daß ihnen der Uebergang aus dem warmen Gebenden des Südens nach den ungleich kälteren des mittleren Westens und des Ostens der Vereinigten Staaten nichts ausmacht.

10 000 Autos täglich. Der amerikanische „Autofabrik“ Henry Ford erklärte in einem Interview, daß seine Gesellschaft mit einem Kostenaufwand von 110 Millionen Dollar so erweitert worden sei, daß sie demnächst täglich 10 000 Autos und Kraftwagen herstellen werde. Sein Unternehmen habe sich über die ganzen Vereinigten Staaten ausgedehnt, weil es so etwas wie eine Sättigung des Marktes nicht gebe. Selbst die größte Entwicklung des Flugzeuges werde den Kraftwagen nicht verdrängen können. Die in Manchester errichtete enorme Niederlage stellt bereits 60 Proz. der für England bestimmten Wagen her, und im ganzen werden etwa 150 000 Wagen in England verkauft. Als den besten Markt für die Zukunft bezeichnete Ford China, das der Kraftwagen schneller erforschen werde als alle Eisenbahnen und Missionare.

Erstausführungen der Woche. Dienstag Lustspielhaus (die Truppe: „Bincenz“). Sonnabend Schloßparktheater: „Kirchspinnerei“, Die große Stunde.

Urania-Vorträge. Sonntag 6 und 8 1/2: „Dganfilm“. Montag 6: Dr. Nicolaus: „Die Weltgeschichte des Papsttums“. Dienstag 6 und 8 1/2: „Das Grab des Zutanhamon“. Dienstag 6 und 8 1/2: „Der Weg nach Osten“. Mittwoch und Freitag 6 und 8 1/2: „Besuch bei der Schwerindustrie“. Donnerstag und Sonnabend 6 und 8 1/2: „Im sonnigen Indien“ — außerdem täglich 6 und 8 1/2: Vorträge und Filme im Hörsaal.

Große Volkssoper. Beim Wallin sind in der „Carmen“-Aufführung am Sonntag zum ersten Male die Titelpartie.

Der Postenwagen der heiligt-Troppe anläßt vom 2. bis 9. Dez. (mit Ausnahme des 8.) in der Klosterstraße (am Untergrundbahnhof Klosterstraße). Zur Aufführung gelangt das Winterenspiel „Der Räuber Totentanz“.

Das Theater im Admiralspalast veranstaltet als Sonntag, 30. 11., regelmäßig Nachmittagsvorstellungen der Operette „Ein Walzertraum“.

Die Reichsbeamten an der Saar.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Nachdem durch den Friedensvertrag von Versailles das Saargebiet dem Völkerbund unterstellt und eine aus Angehörigen der Alliierten und neutralen Staaten gebildete Kommission mit der Verwaltung beauftragt wurde, verblieben noch einige Beamtenkategorien im Saargebiet, die nicht durch die Regierungskommission des Saargebietes übernommen, sondern dem Reich unterstellt blieben und von diesem besoldet werden.

Da die Lebenshaltung im Saargebiet durch die allmähliche Einführung der Frankenswährung neben der Markswährung sowie durch die Maßnahmen der französischen Zollverwaltung nach und nach den Reichsdurchschnitt erheblich überstieg, wurde ersucht, einen Ausgleich durch die Gewährung einer Saarteuerungszulage zu schaffen.

Solange im Saargebiet neben dem sich mehr und mehr durchsetzenden Franken die Mark noch geduldet wurde, war es den in Frage kommenden Angestellten noch einigermaßen möglich, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Dies änderte sich jedoch mit einem Schlage, als mit Wirkung vom 1. Juni 1923 der Frank im Saargebiet als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt wurde. Die Beamten und Angestellten waren nunmehr gezwungen, ihr Gehalt jeweils in Frank umzusetzen, was nur mit einem erheblichen Kursverlust geschehen konnte, da die im Saargebiet geltenden Kurse immer bedeutend über den in Berlin notierten Kursen lagen.

Die Beamten und Angestellten, die das Unglück haben, vom Reich besoldet zu werden, sind, wenn nicht bald Abänderung eintritt, gezwungen, die öffentliche Mühseligkeit in Anspruch zu nehmen.

Beträgt doch das Gehalt eines an leitender Stelle stehenden nach Gruppe 9 der Besoldungsordnung bezahlten Angestellten einer vom Reich unterhaltenen Stelle im Saargebiet, der für seine Familie zu sorgen hat, nachdem er sein Gehalt für die erste Hälfte November, das ihm erst am 3. statt am 1. November gezahlt wurde, zu einem noch verhältnismäßig günstigen Kurse umgetauscht hatte, 16,90 Frank, ein Betrag, der noch nicht den Tagesverdienst eines Hilfsarbeiters erreicht. Daß ein Angestellter mit Familie bei derartigen Bezügen glatt verhungern muß, dürfte jedem denkenden Menschen einleuchten.

Nur bei den maßgebenden Stellen ist dies Verständnis nicht vorhanden. Die Notlage der Betroffenen verhallen ungehört, und auf der anderen Seite wird das Geld schneideweise zum Fenster hinausgeworfen. An den Berliner Börsen teilt man allen möglichen Deuten zu tunlichst niedrig gehaltenen Kursen Devisen zu, während man die Beamten und Angestellten im Saargebiet mit wertlosen Papiermassen überschüttet, die nutzbringend nur beim Althändler zu verwenden sind. An Anregungen und Vorschlägen zur Herbeiführung von erträglichen Zuständen hat es nicht gefehlt. Doch ist eine Antwort auf die verschiedenen Schreiben bisher nicht erfolgt, und wird wohl nicht eher erfolgen, bis sie zwecklos ist.

Die englischen Wahlen.

London, 30. November. (B.Z.) Wie nunmehr endgültig feststeht, sind für die bevorstehenden Wahlen 1395 Kandidaten aufgestellt worden. Davon sind 443 Kandidaten der Vereinigten Liberalen, 530 solche der Unionisten und 420 Kandidaten der Arbeiterpartei. Unter den Kandidaten befinden sich 34 weibliche, darunter sieben Anhänginnen der Unionisten, 12 der Liberalen, 13 der Arbeiterpartei und zwei der Kooperationsbewegung der Unabhängigen Partei. Die Parteien in dem jetzt aufgelösten Parlament wiesen folgende Stärke auf: Unionisten 335, Arbeiterpartei 144, Apathic-Liberale 66, Stand-George-Liberale 51, nordirische Unionisten 11, Unabhängige 7, Kommunisten ein Mitglied.

London, 1. Dezember. (G.) Der liberale Kandidat für Nordhampshire, einer Vorstadt von London, mußte seine Kandidatur zurückziehen, da er gegenüber den Angriffen der Arbeiterpartei machtlos war.

Aus der Partei.

Gegen Ausschreitungen der Kritik.

In der Erfurter „Tribüne“ veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Genosse Wehrholf einen Aufsatz, in dem er u. a. folgendes ausführt:

„Wenn ein Parteigenosse aus dem Betriebe in einer Versammlung gegen die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion seine Worte nicht auf die Goldwaage legt, so nimmt ihm das niemand übel. Die Erfahrung lehrt, daß sich Arbeiter leicht bekehren lassen, daß ihre oppositionelle Meinung eine irrtümliche, sobald eine aufklärende Gegenrede möglich ist. Entschieden anders ist es aber zu beurteilen, wenn Genossen auf verantwortlichen Posten der Partei in Versammlungen oder in der Presse von „bewußt arbeiterschädigenden oder unverantwortlichen Handlungen der Mehrheit“ reden. Solche Kritik eines führenden Funktionärs muß an Ort und Stelle entschieden zurückgewiesen werden. Sie muß besonders dann zurückgewiesen werden, wenn, wie wir das erleben mußten, die angeblich arbeiterschädigenden und unverantwortlichen Handlungen der Mehrheit obendrein nach althergebrachter Methode in Form einer Resolution zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht werden sollen. In solchen Situationen ist es Pflicht eines jeden Genossen, der es ernst mit den Interessen des Proletariats meint, den Resolutionsmachern zu sagen, daß solche „genialen“ Leistungen einer sogenannten Opposition geeignet sind, tatsächlich arbeiterschädigend zu wirken. Ich spreche bewußt von einer sogenannten Opposition, weil die geschilderte Art Oppositionelle die ungeschicktesten Genossen sind, Kritik zu üben. Lan sie es dennoch, dann brauchen sie sich nicht zu wundern, daß sie nicht ernst genommen werden. Massenaufpeitschung durch demagogische und dumme Redensarten ist zwar keine hervorragende Leistung des Menschengeschlechtes, kann aber recht verhängnisvolle Wirkungen auslösen. Es besteht ein Unterschied, wenn ein Genosse im engen Kreise, sozusagen unter vier Augen, sich in einer von der Sachlichkeit abweichenden Form über die Motive der politischen Handlungen Anderer in der Partei äußert, oder ob er das als Redakteur in der Zeitung oder auch hinter dem Rednerpult einer Versammlung tut. Wer das nicht begriffen hat, der ist sich seiner Verantwortung als Führer nicht bewußt und hat das Recht verweigert, als Wortführer einer Opposition aufzutreten. Der Fall Zeigner sollte eine ernste Warnung sein.“

Genosse Wehrholf weist an einer Reihe schlagender Beispiele nach, daß auch diejenigen Genossen, die früher in Opposition standen oder jetzt in Opposition zur Politik der Partei stehen, „Wandlungen über Wandlungen“ durchgemacht haben und schließlich:

„Wer an der Politik der Partei Kritik übt, muß sich seiner Verantwortung vor der Masse bewußt sein. Eine Kritik, die erfolgt, weil sich der Kritiker unfähig fühlt, die Motive der kritisierten Politik zu verstehen, mündet stets in persönliche Anwürfe und Verdächtigungen aus. Eine solche Kritik ist keine Kritik. Sie muß bekämpft werden, obwohl sie die Kritik der Opposition genannt wird.“

Solche Mahnungen sind um so beherziger zu machen, als die Partei vor entscheidenden Wahlen steht, bei denen die von Genossen Wehrholf gerügten Methoden der Kritik im höchsten Grade parteischädigend wirken müssen.

Die wertbeständige Post.

Alles wird umgestellt. — Verbesserungen im Schalterverkehr.

Der Übergang von der Papier- zur Gold- und Rentenmark bringt für die Post bei der Vielseitigkeit ihres Betriebes eine besonders starke Mehrbelastung. Von heute ab lauten bekanntlich die Freimarken auf Goldwerte, die beim Verkauf mit dem Umrechnungskurs der Steuermark zu vervielfältigen sind. Für die Versicherungs- und Steuermarken, die Wechselstempel und statistischen Marken wird diese Verrechnungsart in Kürze folgen. Voraussetzungen werden weite Kreise, besonders die Geschäftswelt, dazu übergehen, die wertbeständigen Freimarken wieder wie früher in größeren Mengen einzulösen, weil sie sich dadurch die häufigen Wege nach der Post und das Warten am Postschalter ersparen. Wenn deshalb auch eine Entlastung der Schalter eintreten dürfte, so wird doch durch die Umrechnung der Werte eine gewisse Mehrarbeit entstehen. Sie bezieht sich neben der Gebührenerhebung und -verrechnung alle Dienstwege der Post, am unmittelbarsten und stärksten den ganzen umfangreichen Geldverkehr, den die Post vermittelt: den Postanweisungs-, Nachnahme-, Postauftrags-, Postcheck- (Zahlkarten-)verkehr usw. Das Reichspostministerium hat, wie es mitteilt, umfangreiche Vorarbeiten getroffen, um den gesteigerten Anforderungen zu genügen und gleichzeitig auch den Postschalterverkehr wieder in glattere Bahnen zu lenken; die Betriebsvorschriften und die Tarife werden, soweit tunlich, vereinfacht; alle irgendwie entbehrlichen Kräfte werden aus dem Postverwaltungsdienst in den Postbetrieb überführt. Die Schalterbeamten werden weiter für ihre Aufgaben besonders und gründlich unterwiesen und mit technischen Hilfsmitteln (Schlüsseln, Hilfsstufen usw.) ausgerüstet. Zur Bewältigung des stärkeren und vielseitigen Verkehrs ist das Disziplinhalten von Schaltern in weiterem Umfange, die praktische Verteilung der Leistungen und die deutliche Bezeichnung der Schalter angeordnet. Den größeren Geschäften wird im eigenen und im allgemeinen Interesse dringend nahegelegt, ihre Einkäufe an Wertzeichen und ihre Auslieferungen in Zeiten schwächeren Verkehrs zu besorgen.

Immer die Post!

Die vorstehende Ankündigung einer durchgreifenden Reorganisation des Postverkehrs erscheint angesichts der sich täglich wiederholenden Klagen sehr zeitgemäß. Das hat sich besonders auch bei der Verzögerung der Postsendungen am 26. November gezeigt. Ein Viehdiebstahl kann der Verband der deutschen Volksbühnenvereine sagen, der uns folgendes schreibt: Der Unfall wollte es, daß die vom Verband herausgegebene Zeitschrift „Volksbühne“ gerade am Sonnabend, den 24. November, versandfertig wurde. Dabei wurde es nötig, einige tausend Hefte unter Nachnahme zu versenden. Um die Expedition möglichst schnell durchzuführen zu können, wurden am Freitag und Sonnabend alle Streifenbänder und Zahlkarten für die Nachnahme fertig gemacht. Wer sich vor Augen hält, wie viele Rubriken dabei anzuführen sind, wird sich ein Bild von der ungeheuren Arbeit machen können, die damit verbunden ist. Als es aber an den Verband gehen sollte, war es nicht möglich, die erforderliche Anzahl von Marken aufzutreiben. Die Postämter erklärten, keine Marken vorrätig zu haben, und händigt allenfalls einen oder ein paar Bogen in kleinen Werten aus. Die Folge war, daß nur einige hundert Exemplare nach am Sonnabend aufgegeben werden konnten. Ausgerechnet am Sonnabendabend wurde dann die Post von der Kunde überlastet, daß am

Auf dem Bettel.

Die Zeiterscheinung nach dem Kriegsende, als die Straße mit bettelnden Soldaten angefüllt waren und man auch in den Wohnungen von überaus zahlreichen Bettlern heimgekehrt wurde, scheint in neuer Form wiederzukommen. Eine Zeitung war die Bettlerplage stark abgefaßt. Man gab nichts mehr, weil es über die Kräfte der meisten Leute ging. Mit Nahrungsmitteln mußte hausgehalten werden, und von dem Gelde, das allenfalls entbehrlich war, konnte der Bettler sich nichts kaufen. Heute ist die Lage noch schlimmer. Mit dreißig erbetelten Milliarden läßt sich erst eine einzige Schrippe kaufen. Von dem Brote, das fast eine Billion kostet, will oder kann man erst recht nichts opfern. Ein paar Stullen, mit kostbarem Schmalz bestrichen, kosten zahlenmäßig mehr, als früher eine ganze Billionsnote kostete. Trotzdem hat sich seit einigen Wochen als deutlichstes Zeichen furchtbarer Not die Zahl der Bettler ungeheuer vermehrt. Keine Gesundheitsbettelier sind es, die uns die verschmähten Margarine-Bögen an die Türe kleben oder unter die Treppenhäuser legen, sondern wirklich hungernde. Dugendweise stehen sie bei den Bahnhöfen, vor der Börse, vor den Banken, Theater, Restaurants und Cafés. Selbst in den Stadtbahnhöfen wird gebettelt. Aufstoßend groß ist die Zahl der bettelnden Alten, Frauen und Kinder ziehen singend und bettelnd von Hof zu Hof. Ueberhaupt werden wieder viele Kinder auf den Bettel getrieben. Fast noch trauriger als diese Not ist die Unmöglichkeit, nachdrücklich zu helfen. Auch Milliardenheime sind ja nur Tropfen auf den heißen Stein. Alle Bettler klagen, daß die Gaben so spärlich fließen. Die Gebetroffene ist erschöpft.

Die Tanzbodenbekanntschaft.

Ein dreifacher Raubüberfall.

Eine Hausangestellte Gertrud Schneider hatte auf dem Tanzboden einen jungen Mann kennen gelernt, der „Harry“ genannt wurde und ein vorzüglicher Tänzer war. Er besuchte sie auch wiederholt in der Wohnung, wenn das Mädchen allein zu Hause war. Bei einem solchen Besuch erfuhr sie auch seinen angeblichen Namen Oswald Loré, auf den er Papiere bei sich hatte.

Eines Tages fragte „Harry“ durch den Fernsprecher an, ob die Herrschaft zu Hause sei, und kam hierauf persönlich, wie das Mädchen die Frage verneinte hatte. Jetzt bekam er heraus, daß ihr Dienstherr nicht sobald zurückkehren werde. Dann ging er einen Augenblick weg, angeblich um sich einige Zigaretten zu kaufen. Nach der Rückkehr begleitete er das Mädchen, das das ihm anvertraute Kind zu Bett brachte, eine Zigarette rauchend, in das Schlafzimmer der Herrschaft und ging dort, nach der Küche unter der Aufsicht eines neuen Feuers zu seiner Zigarette zu holen. Gleich darauf brangen drei maskierte Männer, mit Revolvern bewaffnet, in das Schlafzimmer ein und fesselten das Mädchen auf, das Kind unterzücklich zu betten, und Loren, mit erhobenen Händen setzen zu bleiben. Nachdem das Kind besorgt war, führten die Eindringlinge das Mädchen in seine Kammer und steckten es in das Spind, unter der Drohung, daß man es mit dem Kinde der Herrschaft erschließen werde, wenn es Alarm schlage. Das Mädchen blieb geraume Zeit im Spind und verließ es erst, als es in der Wohnung nichts mehr hörte. Jetzt waren die maskierten Männer und auch „Loren“ mit allen erreichbaren Schmutz- und Wertgegenständen. Die Fernsprechanlage war durchgeschnitten, so daß das Mädchen auch jetzt noch nicht die Polizei rufen konnte. Als der Wohnungsinhaber nachts zurückkehrte und die Kriminalpolizei benachrichtigte, verschwand das Mädchen zunächst seine Bekanntschaft mit dem jungen Mann, der ohne Zweifel die Räuber bestellt hatte. Von der Kriminalpolizei ins Gebet genommen, gab es aber endlich den Zusammenhang zu. Es wurde auch ein Oswald Loré ermittelt, es zeigte sich jedoch, daß diesem die Papiere gestohlen worden sind. Angaben zur Ermittlung der Verbrecher, die für 25 000 Goldmark erbeuteten, nimmt Kriminalkommissar Gennat, Dienststelle 3, 1, 4,

Montag die vierfachen Portofache Geltung hätten. Das bedeutet für den Verband der deutschen Volksbühnenvereine die Notwendigkeit, einige tausend Streifenbänder und Zahlkarten umzuändern bzw. neu anfertigen zu lassen; denn selbstverständlich mußten jetzt bei der Nachnahmeerhebung die neuen Gebührenhöhe berücksichtigt werden. Die Notwendigkeit, zumho viele neue Postcheckformulare und Streifenbänder herzustellen, bedeutete, abgesehen von aller Arbeit, natürlich auch einen erheblichen Materialaufwand. Aber damit nicht genug; die ärgste Ueberraschung bereitete die Post dem Verband noch, als auch der größte Teil der Streifenbänder und Zahlkarten bereits neu hergestellt worden war: In den Zeitungsankündigungen hatte allgemein nur von einer Verzögerung des bis dahin geltenden Posttarifs gestanden. Eine Erkundigung bei dem Postamt in dem Postamtorgane ließ diesen bestätigen, daß es sich um eine Verzögerung aller Tarife handelte. Auf die Frage nach einem gedruckten Posttarif wurde erwidert, den gebe es nicht. Was zeigte sich aber nachher? Eine Verzögerung der Gebühren für die Rücksendung der den Nachnahmeleistungen beizufügenden Zahlkarten hätte einen Betrag von 12 Milliarden ergeben. Bei dieser Rubrik kam die Post aber am 26. November auf einen Mindestsatz von 50 Milliarden! Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine konnte auf Grund der ihm gewordenen Informationen von den Beziehern seiner Zeitschrift natürlich nur 12 Milliarden als Zahlkartengebühr einziehen, die Post aber brachte von den eingehenden Beträgen dem Verband gegenüber jeweils 50 Milliarden in Abzug. Nebenbei: Dies nicht nur bei denjenigen Sendungen, die am 26. November herausgegeben waren, sondern auch bei denen, die bereits am 24. ausgeliefert wurden, zu einer Zeit, als die Öffentlichkeit von einer Änderung des Posttarifs überhaupt noch nichts wußte. Der Verband der deutschen Volksbühnenvereine bzw. sein Verlagsunternehmen ist durch diese Art postalischen Vorgehens um viele Billionen geschädigt worden. Diese Schädigung trifft hier ein Unternehmen, das auf gemeinnütziger Grundlage arbeitet und in der heutigen Zeit wirtschaftlicher Not (wiewohl schon mit starken finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat). Glaubt die Post, sich auf solche Weise beliebt zu machen?

Die neuen Rentenbriefmarken.

Die heute zur Ausgabe gelangten, wurden bereits rege gekauft. Die Postverwaltung hat gestern abend sämtliche Bestände der alten Marken, die noch im Besitz der einzelnen Rentier waren, eingezogen und wird künftig nur noch die neuen Rentenbriefmarken ausgeben. Soweit noch Vorräte von den alten Briefmarken im Besitz des Publikums sind, sollen diese noch Gültigkeit haben und aufgebraucht werden. Die Rentenbriefmarken sind in ihrer Ausführung ungefähr die gleichen wie die bisherigen. Es wurden zunächst Werte zu 3, 5, 10, 20, und 100 Pfennigen ausgegeben. Dabei hat man den Marken die Farben gegeben, die sie in der Vorkriegszeit gehabt haben. Leider konnte mit dem heutigen Lage mit der Ausgabe von Postkarten, die auf Rentenmarkbeiträge lauten, noch nicht begonnen werden. In den meisten Postämtern behält man sich in der Weise, daß die früher gültigen, längst aus dem Verkehr gezogenen Postkarten zu 3 Mark (blau mit rotendem Postboten) verkauft und diese mit Rentenbriefmarken zu 3 und 5 Pfennig bekleben läßt. Es ist anzunehmen, daß schon in den nächsten Tagen auch Postkarten mit eingedruckten Rentenbriefmarken zur Ausgabe gelangen werden.

Zimmer 104 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 423 oder 419, entgegen.

Bei lebendigem Leibe verbrannt.

Am Freitag abend ist in Spandau, Heidestr. 24, eine Frau Anna Wangel bei einem Wohnungsbrand bei lebendigem Leibe verbrannt. Das Feuer ist durch Nachlässigkeit ausgekommen. Angeblich sollen in einer Stube der Frau Betten und Möbel in Brand geraten sein. Die fränkische Frau erlitt vermutlich einen Ohnmachtsanfall. Dabei mögen die Kleider in Brand geraten sein. Sie verbrannte, bevor die Feuerwehr erschien und Hilfe leisten konnte.

Ein nächtlicher Überfall.

Bei einem Überfall auf einen Polizeibeamten wurden in der vergangenen Nacht drei Gebrüder Lucas in der Raumerstraße schwer angefaßt. Hier wurde gegen 3 1/2 Uhr der Polizeiwachtmann Bolter auf dem Heimwege nach der Reherstraße von drei Männern angerempelt. Sie warfen ihn zu Boden und schlugen blindlings auf ihn ein. Der Überfallene konnte aber seine Pistole ziehen und gab acht bis neun Schüsse ab. Zwei der Männer brachen zusammen und blieben liegen. Der dritte ergriff die Flucht. Als Bolter ihn an der Ecke der Raumer- und Schümannstraße einholte, stürzte er sich von neuem auf ihn und schlug ihn abermals nieder. Bolter griff wieder zur Schusswaffe und traf den Angreifer in den Bauch. Auf die Schüsse herbeieilende andere Polizeibeamte brachten mit dem Angegriffenen die drei Männer nach der Rettungswache in der Witzstraße und dann nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain.

Preisentkung für Fleisch? Auf dem Fleischmarkt macht sich in den letzten Tagen eine leichte Senkung der künstlich hochgeschraubten Goldpreise bemerkbar. So ist der Preis für Rindfleisch im Durchschnitt auf 2,20 bis 2,40 Goldmark zurückgegangen. Durch den zunehmenden Eingang an Rentenmark haben auch die Produzenten sich zu Preisnachlässen für Lebewiech bereitzufinden, um so mehr, als inländisches Schlachtwiech in großen Mengen vorhanden ist.

Das neue Amt Pantow. In der Nacht vom 1. zum 2. Dezember wird auf dem Grundstück Berliner Str. 12 in Pantow eine neue Fernsprechermittlungsstelle mit Zentralbatteriebetrieb eröffnet. Gleichzeitig wird die bisherige Vermittlungsstelle mit Zentralbatteriebetrieb Pantow, Wollantstr. 4, aufgehoben. Die Teilnehmer in Pantow dürfen absondern die Kurdel zum Anruf des Amtes nicht mehr benutzen. Zum Wechselverträge zwischen Haupt- und Nebenstelle sind die Kurdeln unter Beachtung der bestehenden Vorschriften weiterzuverwenden.

Dr. Gustav Wundt (bricht in der Stadt Halle (Klosterstraße) abends 7 1/2 Uhr; am 2. Dezember über „Der eurodische Welt und die Moral der Zukunft“, 4. Dezember über „Die Aufgabe der deutschen Jugendbewegung“, 6. Dezember über „Erziehung zur Weltanschauung“, Karten zu 60, 40 und 20 Goldpfennig im Landsgemeindehaus, Berlin, Sophienstraße 29, in der Werkzeugs Berlin, Angedburger Str. 7, bei Helmuth Drechsler, Friedmann, Vederstr. 24, 1.

Gegen die Goldminen. Die Reichsregierung plant die Wiederherstellung der Friedensminen unter Beschlagnahme eines großen Teils davon für die Wohnsteuer. Der Reichsverein Christenburger veranlaßt gegen diesen Plan zwei große öffentliche Protestversammlungen, die am Sonntag mittags 10 1/2 Uhr in den Hohenzollern-Hallen, Berliner Straße 105 und am Montag abend 7 1/2 Uhr in der Schulaula Ebdellstr. 26 stattfinden. Referent ist in beiden Versammlungen Gen. Fritz Dzienl.

Jugendveranstaltungen.

Morgen, Sonntag, den 2. Dezember 1923:

Charlottenburg, Beschäftigung des Arbeitermädchen - Museums Charlottenburg, 2 Uhr. Friedmann, Deich der Arbeitermädchen - Treffpunkt 1/2 Uhr am Ringelstein Friedmann-Wilmersdorf, Wilmersdorf, Besuch des Westfälischen Museums, Treffpunkt 9 Uhr am. Chausseestraße - Aufbruchstr. Str. 11, 1. Fahr. Treffpunkt 8 Uhr am Heim.

Verbelegel Reußlin. Beginn des Funktionärstudiums vom 1/10 Uhr im Jugendheim, Cansteinstraße. Thema: „Sozialistische Erziehungsvorbereitung.“

